

Geldschöpfung und Finanzkrise

In der ersten Maiwoche fanden an der ETH und Uni Zürich drei hochkarätige Veranstaltungen zur aktuellen Finanzsituation und zur Vollgeld-Initiative statt; leider einmal mehr ohne Medienberichte.

Werner Kallenberger

Am 5. Mai referierte der «Vater» der Vollgeldreform, Prof. Joseph Huber, an der ETH vor rund 100 Personen zum Thema «Was Vollgeld ändern würde». Diese Veranstaltung und die von 150 Personen besuchte Podiumsdiskussion vom 7. Mai, an welcher neben Huber auch die Professoren Sergio Rossi (Uni Fribourg), Helmut Dietl (Uni Zürich) sowie der Chefökonom der Schweiz, Bankiervereinigung Martin Hess und Rudolf Walser von Avenir Suisse teilnahmen, sind unter www.vollgeld-initiative.ch (Tweets vom 9.5.15) nachzulesen.

Finanztransaktionssteuer

Die 3. Veranstaltung vom 6. Mai an der Uni war vom alternativen «Denknetz» organisiert, wobei Bankenprofessor Marc Chesney in brillanter und ironischer Weise die katastrophalen Auswirkungen der dominanten Finanzgeschäfte und insbesondere der Derivate schilderte. Sein Vorschlag, eine Finanztransaktionssteuer von 0,2 Prozent auf den (schon im Jahr 2012) in der Schweiz gelaufenen Finanztransaktionen von 100 Billionen CHF zu erheben, ergäbe eine jährliche Steuersumme von 200 Milliarden CHF, womit die Schweiz ihre Staatsschulden von heute rund 223 Milliarden problemlos ablösen könnte (siehe: Marc Chesney, Vom Grossen Krieg zur permanenten Krise, Versus-Verlag, 2014).

Das weltweite Bruttoinlandprodukt betrug 2013 ca. 75 Billionen USD, die weltweit (partiell erfasste) gesetzliche Geldmenge mindestens 300 Billionen USD. Allein schon aus diesem ökonomischen Ungleichgewicht einer weit überschüssenden Geldmenge, die im Wesentlichen durch digitale Giralgelder geprägt ist, erweist sich die globale Finanzkrise mit ihrer weltweiten Verschuldung von mindestens 200 Billionen USD gemäss heutiger Rechtsordnung und Konjunktur als unlösbar. Griechenland belegt mit seiner offiziellen Staatsverschuldung von 175 Prozent des BIP, dass ohne fundamentale Finanzreformen, Schuldenschnitt, Verlängerung der Rückzahlungsfristen und Steuererhöhungen auf hohen Einkommen und Vermögen keine sozial und ökonomisch verantwortbare Lösung zu finden ist.

Wachsende Geldmenge

An der ETH-Podiumsdiskussion bezeichnete Joseph Huber die Giral-Geldschöpfung der Banken per Kredit und die digitale Verbuchung aus dem Nichts als tiefere Ursache der Finanzkrisen. Weil die Geldmenge in den letzten Jahrzehnten rund viermal schnell-

ler gewachsen ist als das Bruttosozialprodukt (BSP) im Euro-Raum wanderte das Giral-Geld bevorzugt in die Finanzwirtschaft und erzeugte dort gefährliche Blasen und Systemkrisen.

In einer für den Internationalen Währungsfonds zusammengestellten Datenbank wurden zwischen 1970 und 2007 124 Bankenkrisen, 326 Währungskrisen und 64 Staatsverschuldungskrisen auf nationaler Ebene gezählt. Die Auflösung des Bretton-Woods-Systems 1973 und die zunehmende Liberalisierung der Finanzmärkte haben dabei zu einer höheren Anfälligkeit der Weltwirtschaft für Finanzkrisen beigetragen. Seit der letzten globalen Finanzkrise war dieser Trend – trotz zahlreichen Interventionen von IWF, Staaten und Bank für Internationalen Zahlungsverkehr (BIZ) – auch nicht zu stoppen.

Zudem wissen viele Bankkunden nicht, dass ihre Giralgeld-Konti im Eigentum der Banken stehen und sie nur vertragliche Ansprüche darauf besitzen. So beträgt die Einlagensicherung auch nur 100 000 CHF pro Konto bzw. 6 Milliarden für die Schweiz (vgl. www.esisuisse.ch).

Assetinflation

Helmut Dietl bestätigte, dass die Banken mit ihrer eigenen Giralgeld-Schöpfung nur «ein Versprechen abgeben, das sie nicht halten können». Nach Ansicht von Angelo Rossi ist dies besonders problematisch, da die Kreditvergabe der Banken immer weniger mit der Realproduktion verknüpft sei und immer mehr zu einer Assetinflation in Wertpapieren und Immobilien führe. Martin Hess behauptete dagegen, dass die Nationalbank (SNB) die Geldschöpfung der Banker über den Zins ausreichend kontrolliere. Wenn dies stimmen würde, hätte die SNB in den letzten Jahren keinen Mindestkurs zum Euro einführen und diesen auch nicht wieder abschaffen müssen. Hess erkannte aber richtig: «Wenn die Geldschöpfung frei wäre, wäre das wie ein perpetuum mobile tatsächlich ein Problem.» Leider ist dies ein Fakt und keine Möglichkeitsform. Nach Huber will die Vollgeldreform die gesamte Geldmenge nur noch nach Massgabe des Wirtschaftswachstums bzw. den Bedürfnissen der Realwirtschaft steuern, sei es zu- oder abnehmend. Die Banken dürfen nur noch Geld verleihen, das sie tatsächlich besitzen und das ihnen auch zu Investitionen zur Verfügung gestellt wurde. Rudolf Walser kritisierte, dass die Vollgeld-Initiativen die vielen Berichte internationaler Finanzorganisationen nicht erwähnten, wonach es sich bei der Vollgeldidee nicht um eine erprobte Reform handle. Nach Martin Hess würde zudem die Kreditversor-

gung massiv zurückgehen und das «Bankensystem implodieren». Die anwesenden Professoren waren allerdings der Meinung, dass die Realwirtschaft von einer solchen Reform profitieren würde. Die Banken- und Wirtschaftsvertreter behaupteten, dass die Banken nur primär Geldvermittler und nicht Geldschöpfer seien. Huber widerlegte diese Argumentation damit, dass es sich beim Giralgeld auf den Banken nur um Verpflichtungen der Banken handle, die auf ihrer Passivseite verbucht würden. Mit diesen Bankschulden könnten nur die Kunden, aber nicht korrekterweise die Banken selber handeln. Daher gebe es auch nichts zu vermitteln.

Finanzkrise primär Systemproblem

Fazit: Die Finanzkrise ist nicht nur ein Verhaltensproblem der betreffenden Akteure, sondern, wie Angelo Rossi zutreffend festhielt, primär ein Systemproblem. Solange die Mehrheit in unserer Gesellschaft sich nicht für diese Geld- und Finanzstrukturen interessiert bzw. Medien und Linke nicht das nötige Massenbewusstsein schaffen, werden die notwendigen Reformen besonders in der privilegierten Schweiz weiter auf die Zukunft verschoben bzw. mit gezielten PR-Aktionen – wie in der laufenden Erbschaftssteuer-Diskussion – manipuliert.

Auf die in der Vollgeld-Initiative enthaltene Forderung einer Finanzmarktordnung im «Gesamtinteresse des Landes», d.h. einer Regelung der Treuhandpflichten der Finanzdienstleister, einer Aufsicht über die Geschäftsbedingungen der Finanzdienstleister, der Bewilligung und Beaufsichtigung von Finanzprodukten, verschärfter Anforderungen an die Eigenmittel und der Begrenzung des Eigenhandels der Banken, wurde leider nicht eingegangen.

VERANSTALTUNGSHINWEIS

Öffentliche ETH-Vorlesung: «Brauchen wir eine Geldreform?» Gibt es Alternativen zu der bestehenden Geldordnung? Haben wir die Krise überwunden oder befinden wir uns nur im Auge des Hurrikans?

Referent: Dr. Thomas Mayer, ehem. Chefvolkswirt der Deutschen Bank

Zeit: Mi. 27. Mai 2015, 19:00 - 20:30

Uhr

Ort: ETH Zentrum, Raum HG D 5, Zürich.